

Appell an Ministerien, Regierungsbehörden, Städtepartnerschaften, NGOs und das Deutsche Rote Kreuz zur Unterstützung der politisch Verfolgten in Nicaragua und im Exil

- Die vor politischer Verfolgung nach Deutschland geflüchteten Nicaraguaner*innen stehen vor großen Schwierigkeiten. Bei ihren Anträgen auf politisches Asyl, die fast ausnahmslos in der ersten Instanz ablehnt wurden, zeigte sich, dass die mit den Anträgen befassten Beamten des Bundesamtes für Migration (BAMF) über die Menschenrechtslage in Nicaragua schlecht informiert sind. Wir fordern das BAMF und das zuständige Bundesministerium des Inneren auf, sich eingehend über die Menschenrechtslage in Nicaragua zu informieren und die von den Antragsteller*innen genannten Asylgründe ernst zu nehmen. Vom Auswärtigen Amt erwarten wir, dass es die für Asylanträge zuständigen Behörden regelmäßig und ausführlich über die fortdauernde Verletzung der Menschenrechte in Nicaragua in Kenntnis setzt.
- Wir bitten das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), Fort- und Ausbildungen für die nach Deutschland geflüchteten Nicaraguaner*innen zu ermöglichen, damit sie den Aufenthalt in Deutschland für die Erweiterung ihrer beruflichen Qualifikationen nutzen und sich für Aufgaben nach ihrer späteren Rückkehr in der Post-Ortega-Zeit vorbereiten können. Zur Absprache über mögliche Themen und die Durchführung von Fortbildungskursen bietet sich der Nicaragua-Verein Hamburg an, da sich die Geflüchteten aufgrund der Anweisungen des BAMF überwiegend in diesem Bundesland aufhalten.
- Die zu Tausenden nach Costa Rica vor politischer Verfolgung geflüchteten Nicaraguaner*innen befinden sich großenteils in erheblichen Notlagen. Dies gilt in besonderem Maße für die geflüchteten Campesinos. Wir bitten die Hilfsorganisationen und das Deutsche Rote Kreuz, gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen in Costa Rica umgehend umfassende humanitäre Hilfe zu leisten.
- Wir bitten das Auswärtige Amt, umgehend die Mitteilung auf seiner Webseite, dass sich die Situation in Nicaragua „vorerst wieder beruhigt“ habe, zu löschen. Eine solche offizielle Mitteilung erweckt den Eindruck, dass sich die Menschenrechtslage in Nicaragua verbessert habe, was mitnichten der Fall ist. Stattdessen muss wahrheitsgemäß und regelmäßig über die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua informiert werden, insbesondere über die fortgesetzte Inhaftierung und menschenunwürdigen Haftbedingungen der zahlreichen politischen Gefangenen, das Demonstrationsverbot, die massive Einschränkung der Pressefreiheit und die Illegalisierung von Organisationen der Zivilgesellschaft.
- Wir bitten die Entsendeorganisationen von deutschen Freiwilligen, erst dann wieder Freiwillige nach Nicaragua zu entsenden, wenn alle politischen Gefangenen freigelassen, die verfassungsmäßigen Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und die Pressefreiheit wieder herstellt sowie alle weiteren Verletzungen der Menschenrechte durch das Ortega-Regime eingestellt worden sind. Das Auswärtige Amt bitten wir, die Empfehlung, der Entsendung von Freiwilligen stünde nichts mehr im Wege, zurückzunehmen. Die Wiederaufnahme der Entsendung von Freiwilligen zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde die fälschliche Behauptung der nicaraguanischen Regierung stützen, dass sich die Situation „normalisiert“ habe.

Die Vertreter*innen von Solidaritätsgruppen, Menschenrechtsorganisationen und Städtepartnerschaften auf dem 4. Nicaragua-Vernetzungstreffens am 7. April 2019 in Berlin